

Anfrage

Öffentlich

Datum

18.03.2014

Nummer

2847/14

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

01.04.2014

Betreff / Beschlussvorschlag

Perspektiven für Wohnungslose schaffen, sozialen Wohnungsbau selber umsetzen

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 06.03.2014 wurde das Thema steigende Wohnungslosigkeit ausführlich behandelt. Dabei kam es zu widersprüchlichen Aussagen der Verwaltung. So wurde am Anfang der Debatte vom Sozialdezernenten erklärt, dass es keinen Plan gäbe, wie der steigenden Wohnungslosigkeit begegnet werden könne. Nachdem im weiteren Verlauf eine Anfrage der Linksfraktion aufgerufen wurde, stellte sich dann aber heraus, dass die Verwaltung durchaus bestimmte Maßnahmen zur Problemlösung befürworten würde. So heißt es in der Antwort, dass eine Erweiterung des Angebotes von Probewohnungen, die Abgabe von sogenannten „Mietgarantien“ durch die Verwaltung und neue städtische Belegungsrechte als sogenanntes „Mieterbesetzungsrecht“ zielführend wären.

Zu dieser Thematik gab es auch eine Stellungnahme der Stadtteilkonferenz westliches Ringgebiet Süd. Hier wird u.a. gefordert, dass die städtische Sportanlage Kälberwiese nicht an private Investoren veräußert, sondern von der Stadt selber entwickelt wird und dabei auch sozialer Wohnungsbau stattfinden soll.

Dies vorweg geschickt wird die Verwaltung gefragt:

1. Wird die Verwaltung angesichts steigender Problemlagen in Braunschweig die von ihr selbst genannten und ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen aufgreifen und zeitnah umsetzen?
2. Weshalb konnten im Jahr 2013 37 Zwangsräumungen nicht verhindert werden, obwohl die Verwaltung Kenntnis von den Vorgängen hatte?
3. Ist beabsichtigt, die Fläche "Kälberwiese" im Falle einer Entwidmung durch die Stadt selber zu entwickeln (z.B. durch die Niwo)?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender